



Bundesverband e.V.

Pressemitteilung

AWO zum Internationalen Tag der Demokratie

Berlin, den 15.09.2021. Zum heutigen Internationalen Tag der Demokratie fordert die AWO eine verlässliche und dauerhafte Förderung von bürgerschaftlichem Engagement für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Dazu erklärt Brigitte Döcker, Mitglied des AWO Bundesvorstandes: „Das gesellschaftliche Klima hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Die rechtsterroristisch motivierten Taten in Hanau und Halle, der Mordfall Walter Lübcke sowie die zunehmenden Diskriminierungen in der Corona Pandemie machen es sichtbar: Ausgrenzung und Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Positionen sowie Hassreden und -taten sind im Aufwind. Wir fordern daher, das bürgerschaftliche Engagement für Demokratie mit einem Demokratiefördergesetz des Bundes nachhaltig zu stärken, um Maßnahmen der Demokratieförderung, der Extremismusprävention und der Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf eine stabile Grundlage zu stellen. Zudem müssen die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die vom Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus erarbeiteten 89 Maßnahmen auch umgesetzt werden können.“

Die AWO engagiert sich seit langem gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und wirkt verstärkt darauf hin, dass das Engagement für Demokratie und die Arbeit gegen alle Formen von Diskriminierung Querschnittsaufgaben werden. Dies gilt nicht nur für das Wirken in die Gesellschaft, sondern auch innerhalb des Verbands selbst. Die Bundeskonferenz der AWO hat jüngst beschlossen, Kompetenzen und Strukturen in allen Handlungsfeldern des Verbandes auszubauen, um Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der AWO entgegenzuwirken. So soll auch die politisch-gesellschaftliche Bildung noch stärker als bisher selbstverständlicher Teil der Sozialen Arbeit werden. Auch der Wissenstransfer soll durch die Verbreitung von Praxiserfahrungen und -wissen bundesweit im Verband gefördert werden. Zudem macht sich die AWO auch in Zukunft für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement stark, das sich einmischt und Menschen zu Mitgestalter*innen macht.

Dazu erklärt Jens M. Schubert, Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes: „Eine Demokratie funktioniert nur mit Menschen, die für eine offene und vielfältige Gesellschaft eintreten. Dafür braucht es gute finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen.“

Der Internationale Tag der Demokratie wurde im Jahr 2007 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgelegt, um die Grundsätze der Demokratie zu fördern und zu verteidigen. Der Welttag bietet die Möglichkeit, einen geschärften Blick auf aktuelle Herausforderungen und Angriffe auf die Demokratie zu werfen. Schubert dazu abschließend: „Auch die AWO wird diesen Anlass nutzen, um

sichtbar zu machen, dass sie sich weiterhin bundesweit gegen Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Hetze, Ausgrenzung und rechte Gewalt einsetzen und vernetzen wird.“

AWO Bundesverband e.V.